

W NORDAMERIKANISCHE WOCHEN-POST

TIME VALUE MAIL! Please do not delay!

Einzelpreis **US\$1.75**



Verandt am 19.9.06

151st Year - No. 23 5727 • Sunday, Sept. 17 - Saturday, Sept. 23, 2006

THE AMERICAN NEWSPAPER PUBLISHED IN THE GERMAN LANGUAGE

Stand vom Montag
1 US \$ = 0,788 Euro
1 Euro = 1,267 US\$

Das ideale Geschenk

Bestell Coupon auf Seite 2



Goldrausch am Rhein

Seite 5



Oktoberfest in vollem Gange

Seite 6



Hockey-Asse Weltmeister!!!

Seite 10

NACHRICHTEN

Deutsche studieren öfter im Ausland

Wiesbaden - Deutsche Studenten zieht es häufiger an ausländische Hochschulen. 2004 waren laut Statistischem Bundesamt rund 69 000 Deutsche an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl um fünf Prozent erhöht, innerhalb der vergangenen zehn Jahre sogar um über 70 Prozent.

Lafontaine nennt Bush „Terroristen“

Berlin - Der Chef, der Linkspartei-Bundestagsfraktion, Lafontaine, hat US-Präsident Bush als Terroristen bezeichnet. „Frau Merkel schreckt davor zurück, sich klar zu machen, als sie Bush in Meck-Pomm umarmte, dass sie einen Terroristen umarmt hat“, sagte Lafontaine bei einer Wahlkampfveranstaltung in Berlin. Lafontaine spielte damit auf das Grillfest an, das die Bundeskanzlerin Bush zu Ehren gegeben hatte.

Unwetter in Teilen Deutschlands

Meschede - Schwere Gewitter haben in Nordrhein-Westfalen und Hessen Schäden verursacht. Die Innenstadt von Meschede im Sauerland wurde unter Wasser gesetzt. Im hessischen Dillenburg wurde das untere Stockwerk des Kreiskrankenhauses evakuiert, weil Wasser eingedrungen war. In Teilen Baden-Württembergs traten nach stundenlangen Regenfällen mehrere kleinere Flüsse über die Ufer.

Sonnige Aussichten für Weinjahrgang

Bruchsal - Mit dem trockenen und warmen September sind in Deutschland die Aussichten auf einen ausgezeichneten Weinjahrgang gestiegen. Bleibt das Wetter normal, können sich Weinfreunde über Klasse und Masse freuen. Deutschlands Winzer dürften 2006 zehn Prozent mehr Trauben lesen als im vergangenen Jahr.

Models dürfen nicht zu dünn sein

Madrid - Fünf Models sind von der Madrider Modewoche ausgeschlossen worden, weil sie zu dünn sind. Alle 68 für die Defilees gemeldeten Models mussten sich wiegen lassen, um an der „Pasarela Cibles“ teilnehmen zu dürfen. Hintergrund ist die Sorge, dass dürre Models zu Magersucht animieren.

PERIODICALS MAIL

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY SEPT. 23, 2006

Papst-Kontroverse

Worte des Bedauerns besänftigen Muslime nicht

Vatikan im Streit um Papst-Äußerung zum Islam um Entschärfung bemüht

Rom/Kairo/Brüssel (dpa) - Angesichts der andauernden Empörung in muslimischen Ländern über die Papst-Äußerungen zum Islam bemüht sich der Vatikan weiter, den Streit zu entschärfen. Der Heilige Stuhl habe seine apostolischen Nuntien (Botschafter) in den islamischen Ländern damit beauftragt, den politischen und religiösen Autoritäten den Inhalt der Rede von Benedikt XVI. genau zu erklären. Das sagte Kardinalstaatssekretär Tarcisio Bertone der Zeitung „Corriere della Sera“ (Montag). Bisher sei die Rede Joseph Ratzingers manipuliert und ganz anders dargestellt worden, als sie gemeint gewesen sei.

Nach Drohungen gegen das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche verstärkte die Stadt Rom unterdessen die Sicherheitsmaßnahmen an den wichtigsten Monumenten. Im Irak sowie in Syrien kam es zu Protesten mit einigen hundert Demonstranten. Im irakischen Basra gingen dabei deutsche und amerikanische Fahnen in Flammen auf.

Rings um den Petersplatz bildeten sich seit dem Wochenende lange Schlangen, weil alle Besucher und ihre Taschen mit Metalldetektoren kontrolliert werden. Spontadisch müssten Touristen jetzt auch ihre Taschen durchsuchen lassen, bevor sie in den Petersdom eingelassen werden, berichtete die Zeitung „Il Messaggero“. Gleichzeitig ist der Luftraum über dem Vatikan und der päpstlichen Sommerresidenz in Castel Gandolfo seit Sonntag für den Flugverkehr gesperrt. Am Wochenende war in Somalia vermutlich im Zusammenhang mit der Papst-Rede von Regensburg eine italienische Nonne erschossen worden.

Der Papst hatte am Sonntag beim Angelusgebet bedauert, dass seine jüngsten Islam-Äußerungen missverstanden worden seien. Er nahm aber keine Aussage zurück. Die Vereinigung der Muslime Chinas nannte die Selbstkritik des Papstes am Montag jedoch laut der staatlichen



Papst Benedict XVI hatte am Sonntag beim Angelusgebet in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo bedauert, dass seine jüngsten Islam-Äußerungen missverstanden worden seien.

Nachrichtenagentur Xinhua unzureichend und verlangte, dass Benedikt sich persönlich entschuldigt. Die Islamische Aktionsfront (IAF), Jordaniens stärkste Partei, las aus den jüngsten Äußerungen des Papstes kein Bedauern heraus, sondern eine neue „Beleidigung“ der islamischen Religion. Bei dem Protest in Basra forderten mehrere hundert Schiiten von Benedikt ebenfalls eine „Entschuldigung“.

Der oberste Führer des Irans, Ajatollah Ali Chamenei, nannte die „empörten Reaktionen“ in der muslimischen Welt „verständlich“. Die Papst-Äußerungen seien ganz auf der Linie der amerikanischen „Verschwörung“ gegen den Islam. In Pakistan rief der Generalsekretär der regierenden Muslim-Liga (PML), Mushahid Hussain, dagegen seine muslimischen Landleute dazu auf, Ruhe zu bewahren und die Worte des Bedauerns anzunehmen.

Die EU-Kommission mahnte in dem Streit Fairness an. Ein Sprecher von Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte, die Worte des Papstes dürften nicht aus dem Zu-

sammenhang gerissen werden. Zu den Inhalten meinte er: „Es steht der Kommission nicht zu, etwas klarzustellen oder zu interpretieren.“

Frankreichs Präsident Jacques Chirac rief dazu auf, „alles zu vermeiden, was Spannungen zwischen den Völkern oder zwischen den Religionen belebt“. Jeder Vermengung des Islam, der eine respektierte Religion sei, mit dem radikalen Islamismus müsse man aus dem Weg gehen.

Der Kölner Kardinal Joachim Meisner unterstützte den Papst und erklärte: „Wer meint, der Papst habe den Islam verunglimpfen wollen, hat seine Worte überhaupt nicht verstanden.“

Es gehe nicht um Gewalt und Islam, sondern grundsätzlich um Gewalt und Religion.

Libanon-Einsatz - 2400 Soldaten

Merkel: „Historische Dimension“

Berlin (dpa) - Das Bundeskabinett hat am Mittwoch vergangener Woche den UN-Einsatz der deutschen Marine vor der libanesischen Küste beschlossen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach von einer „historischen Dimension“ des bevorstehenden Einsatzes. „Wir haben ein ganz besonderes Interesse an der Stabilität in der Region.“ Das Kabinett habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Man habe aber eine „besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels“. Ziel sei, „eine tragfähige Gesamtlösung für diese Region zu erreichen“.

Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sprach von einer Entscheidung „in einer ganz ohne Zweifel schwierigen Frage“. Er forderte die internationale

Gemeinschaft auf, zu ihren Zusagen für die Mission zu stehen. Hier stehe ihre Glaubwürdigkeit in dieser Region auf dem Spiel.

Der Einsatz mit „robustem Mandat“, der bis zu 50 Seemeilen vor der libanesischen Küste keine Beschränkungen vorsehe, sei zunächst bis zum 31. August 2007 befristet, sagte Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU). 2006 werde er 46 Millionen Euro kosten, im kommenden Jahr 147 Millionen. Die deutsche Marine soll sich mit bis zu insgesamt 2400 Soldaten an der UN-Friedenstruppe UNIFIL im Mittelmeer beteiligen. Die Deutschen sollen demnach zur See eine „führende Rolle“ übernehmen. Sie seien in einem größeren Verband mit zwei Fregatten und insgesamt zwei Hubschraubern, drei Versorgungsschiffen sowie vier Schnellbooten vertreten. **► Seite 3**

EU-Staaten uneins über Zulassung von Genraps

Brüssel (dpa) - In der Europäischen Union steht die Zulassung mehrerer gentechnisch veränderter Rapsorten an. Zwar stimmte eine Mehrheit der EU-Staaten gegen den entsprechenden Antrag der EU-Kommission. Allerdings war deren Stimmenzahl nicht ausreichend. Nach den Abstimmungsregeln entscheidet im Falle eines Patts zwischen Befürwortern und Gegnern die Kommission im Alleingang. Die Debatte über gentechnisch verändertes Lebensmittel hat in der EU an Schärfe gewonnen, nachdem in Europa Spuren einer nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Reissorte gefunden worden waren, und die EU quasi einen Importstopp für Langkornreis aus den USA verhängt hatte.

Die Rapsorten Ms8, R3 und Ms8xR3 des Bayer-Konzerns sind

durch das EU-Amt für Lebensmittelsicherheit auf ihre Unbedenklichkeit geprüft worden. Der Raps ist gegen ein Pflanzenschutzmittel resistent. Sollte die Kommission die Erlaubnis zur Einfuhr als Futtermittel geben, wäre diese zehn Jahre gültig. Der Raps dürfte dann nicht in der EU angebaut oder in Lebensmitteln verwendet werden.

Die Grünen-Bundestagsfraktion warnte vor möglichen Gefahren bei der Zulassung von gentechnisch verändertem Raps. Bei Raps bestehe nach Ansicht zahlreicher Wissenschaftler ein hohes Potenzial, dass das manipulierte Material übertragen werde. Wissenschaftliche Studien wie von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zeigten eine praktisch unkontrollierbare Gefahr einer Verbreitung.

CDU nach Wahlen enttäuscht

Deutliche Einbußen der SPD in Mecklenburg-Vorpommern - NPD im Landtag

Berlin (dpa) - Nach dem enttäuschenden Abschneiden bei den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern setzt die Bundes-CDU auf die Bildung einer großen Koalition im Nordosten. Dort solle nun „eine Koalition der Mitte und der Vernunft“ gebildet werden, appellierte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla am Montag vor Gremiensitzungen in Berlin. Er räumte ein: „Wir haben in der Tat unser Wahlziel nicht erreicht.“ Dagegen sah sich die SPD trotz schwerer Verluste in Mecklenburg-Vorpommern als Sieger. Die Ergebnisse zeigten, dass die SPD auch in Regierungsverantwortung Wahlen gewinnen könne, sagte Parteichef Kurt Beck.

Die Grünen drängten Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zu einer rot-grünen Koalition. Damit hätte der SPD-Politiker „auch die Chance, persönlich ein kleines Feuerchen in der Bundespolitik zu entfachen“, sagte Bundestags-Fraktionschefin Renate Künast der „Leipziger Volkszeitung“. Die FDP sprach von einem „Abstrafen“ der großen Koalition im Bund. Die Linkspartei in der Hauptstadt kündigte an, falls sie zu wenige ihrer zentralen Forderungen umsetzen könne, werde sie in die Opposition gehen.

Die SPD-Regierungschefs von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Wowereit und Harald Ringstorff, wollen ergebnisoffen in die Gespräche mit den möglichen Koalitionspartnern gehen. Die Ber-



Lachend zeigen sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, der Vorsitzende der SPD, Kurt Beck, und der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff (v.l.) am Montag zu Beginn der SPD-Präsidiumssitzung in Berlin.

liner SPD werde zuerst mit der Linkspartei und dann mit den Grünen sondieren, kündigte der Landesvorsitzende Michael Müller an. Die Gespräche sollen noch diese Woche beginnen. Nach etwa 14 Tagen will die SPD über ihren künftigen Koalitionspartner in Berlin entscheiden.

Wowereit sagte vor einer Sitzung der SPD-Präsidiums, es komme darauf an, „mit welchem Partner das große Thema soziale Gerechtigkeit besser verwirklicht werden kann“. Er denke nicht daran, eine Koalition Rot-Rot-Grün zu sondieren, auch wenn die Mehrheit für Rot-Rot oder Rot-Grün sehr knapp ausfalle. Ringstorff unterstrich, die SPD wolle bei den Sondierungsgesprächen mit der Union wie mit dem bisherigen Partner in Schwerin, der Ex-PDS, ausloten, „mit wem sie mehr für das Land tun kann“.

SPD-Chef Beck verwies darauf, dass es in Mecklenburg-Vorpommern „keinen Kanzlerbonus“ für

die CDU und Angela Merkel gegeben habe. Der Grünen-Vorsitzende Reinhard Bütikofer sagte, auch Kanzlerin Merkel habe eine Quittung für ihre Politik erhalten. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) verlangte als Konsequenz aus den Wahlergebnissen eine stärkere soziale Ausrichtung der Partei.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis stürzte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern um gut zehn Prozent auf 30,2 Prozent ab (2002: 40,6). Die CDU erreichte nur noch 28,8 Prozent (31,4), ihr bisher schlechtestes Landtagswahl-Ergebnis im Nordosten. Die Linkspartei schaffte 16,8 Prozent (16,4). Der FDP gelang mit 9,6 Prozent nach zwölf Jahren der Wiedereinzug in den Landtag (4,7). Dagegen überwand die NPD mit 7,3 Prozent (2002: 0,8) die Fünf-Prozent-Hürde. Die Sitze sind demnach folgendermaßen verteilt: SPD 23 (2002: 33), CDU 22 (25), Linkspartei 13 (13), FDP 7, NPD 6.

DC erhebt Beschwerde gegen Nachschlagzahlung

Stuttgart (dpa) - DaimlerChrysler hat wie angekündigt Beschwerde gegen die millionenschwere Nachschlagzahlung für Alt-Aktionäre im Zusammenhang mit der Fusion von Daimler-Benz und Chrysler im Jahr 1998 erhoben. Eine Sprecherin bestätigte am Dienstag einen Bericht der „Stuttgarter Nachrichten“, wonach gegen die Entscheidung vom Landgericht Stuttgart aus dem August Rechtsmittel eingelegt worden seien. Das Gericht hatte 17 ehemaligen Aktionären der Daimler-Benz AG die Zuzahlung von 22,15 Euro je Aktie für die Verschmelzung mit dem US-Autobauer Chrysler zugesprochen. Dies würde eine Nachzahlung von 232 Millionen

Euro ergeben. Die Kammer war nach einem Gutachten zu der Überzeugung gekommen, dass die Papiere des Stuttgarter Automobilkonzerns bei der Fusion zu niedrig bewertet worden waren. Rund 1,8 Prozent der damaligen Daimler-Benz-Aktionäre hatten 1998 bei der Fusion der Stuttgarter mit Chrysler ihre knapp 10,5 Millionen Papiere nicht freiwillig 1:1 in neue DaimlerChrysler-Aktien getauscht. Nach dem Zwangsumtausch hatten die 17 Aktionäre auf eine Barzahlung geklagt. In einem ähnlichen Fall hatte das Stuttgarter Oberlandesgericht schon einmal ein Urteil des Landgerichts zu einer Nachzahlung an Aktionäre aufgehoben.

CSU-Politikerin will Eltern bei Kindesmisshandlung Rente kürzen

Stuttgart (dpa) - Die bayerische Sozialministerin Christa Stevens (CSU) will Eltern, die ihre Kinder grob vernachlässigen, die Kindererziehungszeiten bei der Rente streichen. Den „Stuttgarter Nachrichten“ (Samstag) sagte die CSU-Politikerin: „Ich habe kein Verständnis dafür, dass Eltern im Fall

der Misshandlung des eigenen Kindes, bei Missbrauch oder Tötung auch noch Kindererziehungszeiten bei der Rente gutgeschrieben werden.“ Deshalb werde sie sich dafür einsetzen, „dass diese Eltern dann im Alter eben nicht in den Genuss von Zuschlägen bei der Rente kommen“.